

Deutschland hat Zukunft Zukunft der sozialen Sicherung

Freitag, 06. Dezember 2019, 09:00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Soziale Sicherung reformieren – Wettbewerbsfähigkeit sichern

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter
Stracke, lieber Stephan,

sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter
Brunner,

sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter
Janecek,

sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Hagen,

sehr geehrter Herr Dr. Pimpertz,

meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Kongress!

Ich freue mich, dass Sie bei uns sind!

Für den heutigen Vormittag haben wir uns
einiges vorgenommen: Wir wollen über die
Zukunft der sozialen Sicherung in unserem Land
diskutieren. Das Thema betrifft uns alle, und
zwar in unterschiedlichen Rollen.

- Einerseits sind wir Beitrags- oder Steuerzahler, die die Finanzierung der sozialen Sicherung sicherstellen,
- andererseits sind wir Leistungsempfänger – wenn wir krank sind, in Rente gehen oder in eine soziale Notlage geraten.

Naturgemäß liegt unser Fokus als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband auf der Finanzierungsseite.

Zugleich ist uns aber auch bewusst, dass wir das Leistungsversprechen der sozialen Absicherung im Blick haben müssen. Dieses Thema bereitet Teilen unserer Bevölkerung immer größere Sorgen. Diese Sorgen nehmen wir ernst.

Klar ist für uns als vbw: Die Menschen in Deutschland akzeptieren unser Gesellschaftssystem vor allem dann, wenn sie die soziale Sicherung als gerecht empfinden.

Genau dieses Ziel verfolgt die Soziale Marktwirtschaft: Sie will den fairen Wettbewerb

auf den Märkten mit einem sozialen Ausgleich verbinden.

So soll einerseits garantiert werden, dass jeder Einzelne die Freiheiten des Marktes nutzen und an den Erfolgen der Marktwirtschaft teilhaben kann. Andererseits spannt die Soziale Marktwirtschaft ein soziales Netz auf, das Absicherung bei Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und anderen Notlagen bietet sowie im Alter einen auskömmlichen Ruhestand ermöglicht.

Uns allen muss dabei Eines aber bewusst sein: Voraussetzung für den sozialen Ausgleich ist der wirtschaftliche Erfolg! Vor dem Verteilen steht das Erwirtschaften!

Ökonomisch erfolgreich sind wir aber nur dann, wenn sich unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb behaupten können. Folgerichtig ist eine Sozialpolitik abzulehnen, die zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes geht.

Meine Damen und Herren,

in den vergangenen Jahren wurden die Sozialleistungen immer weiter ausgeweitet. Die Sozialleistungsquote – also das Verhältnis der Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt – liegt aktuell bei über 29 Prozent.

Im Jahr 2018 sind 996 Milliarden Euro in Sozialleistungen geflossen. Eine gewaltige Summe! Zudem lag der Anstieg der Sozialleistungen zuletzt immer über dem Wirtschaftswachstum.

Es kann also nicht die Rede davon sein, dass sich der Sozialstaat auf dem Rückzug befindet!

Vielmehr müssen wir uns heute Gedanken darüber machen, ob und wie wir die Sozialleistungen in Zukunft finanzieren können.

Von den gesamten Sozialleistungen werden 34,5 Prozent durch Sozialbeiträge der Arbeitgeber finanziert. Neben den Beiträgen für die einzelne Sozialversicherungszweige fallen in

dieses Arbeitgeberpaket zum Beispiel auch die Leistungen für die betriebliche Altersvorsorge.

Wenn die Sozialausgaben im gleichen Maße weiter ansteigen wie bisher, erhöhen sich die Beitragssätze und damit auch die Lohnzusatzkosten. Das aber hätte negative Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Gleichzeitig lehnen wir als vbw eine stetige Ausweitung der Steuerzuschüsse ab. In die gesetzliche Rentenversicherung fließen aktuell 76 Milliarden Euro an Steuermitteln. Hinzu kommen über 14 Milliarden Beitragszahlungen des Bundes für Kindererziehungszeiten.

Zeitnah werden wir zudem die Schwelle von 100 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für die Rentenversicherung überschreiten. Und wir reden hier nur über die Rentenversicherung – auch in die gesetzliche Krankenversicherung fließt ein Zuschuss aus Bundesmitteln.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend!

Denn wenn wir dieses Spiel weitertreiben,
schrumpfen die Gestaltungsspielräume für
Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres
Landes! Stattdessen drohen Steuererhöhungen,
die die Attraktivität unseres
Wirtschaftsstandortes sicher nicht erhöhen.

Durch die demografische Entwicklung und den
Rückgang an Personen im erwerbsfähigen Alter,
werden insbesondere die umlagefinanzierten
Sozialversicherungssysteme in den nächsten
Jahren unter Druck geraten.

Umso wichtiger ist es, dass sich die Politik schon
heute Gedanken darüber macht, welche
Reformmaßnahmen nötig sind,

- um erstens eine nachhaltige Finanzierung
der sozialen Sicherung zu garantieren
- und zweitens, um ein verlässliches
Leistungsversprechen abzugeben.

Als vbw sind wir davon überzeugt: Für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist es unerlässlich,

- den Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung dauerhaft bei unter , 40 Prozent zu stabilisieren
- und den Anstieg der Steuerzuschüsse in die soziale Sicherung einzudämmen.

Wir können dieses Ziel erreichen, wenn wir uns wieder auf Sinn und Zweck der sozialen Sicherung in der Sozialen Marktwirtschaft besinnen: Es geht um eine Absicherung in Notlagen, nicht um eine Rundum-Vollversorgung! Jeder Einzelne ist deshalb gefordert, mehr Verantwortung für sein Leben zu übernehmen.

Stetige Leistungsausweitungen sind abzulehnen. Vielmehr muss in der Sozialversicherung wieder gelten, dass die Beitragszahlungen ausreichen müssen, um die Leistungen zu finanzieren.

Nicht nur heute, sondern auch in Zukunft. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit!

Für die einzelnen Sozialversicherungszweige bedeutet das:

- Der Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge muss weiter vorangetrieben werden, um den Lebensstandard im Alter zu sichern.

Angesichts des demografischen Wandels dürfen die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht ins Unermessliche steigen. Es ist nötig, dass das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente sinkt. Eine Fixierung des Rentenniveaus auf dem heutigen Stand würde nachwachsende Generationen wegen der massiven Beitragssatzsteigerungen einseitig belasten. Durch das Absenken des Rentenniveaus können wir die Belastung zwischen den Generationen fair aufteilen.

- Gleichzeitig – auch wenn das politisch unpopulär ist – brauchen wir längere Lebensarbeitszeiten. Nur so können wir die Beitragssätze über alle Sozialversicherungszweige hinweg stabilisieren. In einem ersten Schritt muss die Politik die Rente mit 67 konsequent umsetzen und Frühverrentungsanreize – wie etwa die Rente mit 63 Jahren – zurücknehmen.
- Bei der gesetzlichen Krankenversicherung gilt es, das Kostenbewusstsein der Versicherten zu stärken. Wir brauchen hier wirkungsvolle Steuerungsmechanismen. Über die Praxisgebühr wurde das ja schon einmal versucht.
- Zudem muss die Politik bei der Finanzierung die einseitige Fixierung auf den Lohn aufgeben und die Einführung einer einkommensunabhängigen Prämie prüfen. Durch diesen Schritt können wir

die Finanzierung der Gesundheitskosten gerechter gestalten als bisher.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Einzelnen wird besser abgebildet. Eine Überlastung des Einzelnen könnten wir durch einen sozialen Ausgleich über das Steuersystem ausschließen.

- Besonders rasch schließlich muss bei der Pflegeversicherung gehandelt werden.

In diesem vergleichsweise jungen Sozialversicherungszweig besteht die Chance, vom Umlageverfahren noch auf die Kapitaldeckung umzusteigen.

Analog zur Krankversicherung bieten sich auch in der Pflege einheitliche Prämien an, die ein insgesamt gerechtere Finanzierung der Pflegekosten ermöglichen.

All das, so meine ich kann unseren Standort stärken und damit die Verlässlichkeit der sozialen Sicherung gewährleisten.

Meine Damen und Herren,

der demografische Wandel verursacht im
Bereich der sozialen Sicherungssysteme großen
Reformdruck. Die Politik muss hier möglichst
schnell die richtigen Weichen stellen.

Das sind wir unseren Kindern und Enkelkindern
schuldig!

Vielen Dank!